

Inhaltsverzeichnis

Editorial:

Völkerverständigung als Thema der Philosophie _____ 2

Projektleitung _____ 6

Zielsetzung des Projekts _____ 6

Interdisziplinäres Symposium:

Globale Finanzkrise als ethische Herausforderung _____ 9

Kolloquium:

Angst vor dem Frieden. Eine Debatte zum Nahostkonflikt _____ 17

Zu Weltreligionen und außereuropäischen Kulturen _____ 21

Wahlpflichtmodul Weltreligionen (außer Christentum) _____ 22

Wahlpflichtmodul Außereuropäische Kulturen _____ 22

Zertifikat „Fremde Kulturen und Religionen“ _____ 23

Lehrveranstaltungen 2010 _____ 24

Zuschüsse 2010 _____ 32

Alfred-Delp-Preis _____ 32

Buchreihe – Neuerscheinungen _____ 33

Vorankündigungen 2011 _____ 33

Impressum _____ 35

Völkerverständigung als Thema der Philosophie

Ein neuer Lehrstuhl an der Hochschule für Philosophie

Zum Wintersemester 2010/2011 wurde an der Hochschule für Philosophie in München ein neuer Lehrstuhl für praktische Philosophie mit dem Schwerpunkt Völkerverständigung eingerichtet. Ziel dieses Lehrstuhles ist es, mit den Methoden der Philosophie, Vorurteile zwischen Kulturen abzubauen und Toleranz zu fördern. Er wird dies in Forschung, Lehre und öffentlichen Diskursen umsetzen. Die Angela und Helmut Six Stiftung für Völkerverständigung hat diesen Lehrstuhl gestiftet. Der Ausgangspunkt ihres Engagements waren Reisen durch den arabischen Kulturraum und die Erfahrung von praktisch gelebter Völkerverständigung. Diese Erfahrungen haben sie sich zum Lebensmotto gemacht. „Dialog ist die Muttersprache der Menschheit“ – so fasst Helmut Six das Anliegen der Stiftung pointiert zusammen.

Anbindung an das
Rottendorf-Projekt

Der Lehrstuhl wird eingebunden in die vielfältigen Aktivitäten, die zu diesem Themenfeld bereits an der Hochschule für Philosophie etabliert sind. Allen voran gilt dies für die Zusammenarbeit mit dem Rottendorf-Projekt. In einem engen wechselseitigen Austausch geht es darum, die drei Elemente von Forschung, Lehre und öffentlichen Impulsen zu vernetzen und damit weiter zu stärken. Der neue Lehrstuhl wurde im Feld der praktischen Philosophie angesiedelt mit der dezidierten Zielrichtung, sowohl innerhalb der Philosophie als auch in interdisziplinärer Hinsicht das Gespräch mit anderen Ansätzen zu diesem Themenfeld zu suchen. Was aber die praktische Philosophie zu Fragen der Völkerverständigung beitragen kann und welche Schwerpunkte in dem interdisziplinären Austausch wichtig sind – dies soll im Folgenden skizziert werden.

Globale
Konflikte als
Herausforderung

Angesichts vielfältiger Probleme und Konflikte politischer, ökonomischer und kultureller Art ist die Frage nach Verständigung heute eine der brisantesten für ein friedliches Zusammenleben. Dies gilt gleichermaßen für inner- wie weltgesellschaftliche Konstellationen. Um auf globaler Ebene Konflikte nachhaltig zu überwinden, wird von der Notwendigkeit einer Völkerverständigung gesprochen. Damit ist das Ziel einer Weltgesellschaft anvisiert, in der Herausforderungen in einer verständigungsorientierten Weise bearbeitet werden.

Völkerverständigung hat dabei verschiedene Dimensionen. Es geht nicht nur um neue politische Institutionen, durch die globale Probleme strukturell gelöst werden können. Es geht vielmehr auch um Verständigung in den Bereichen der Ökonomie, Zivilgesellschaft, Kultur oder Religion. In jedem dieser Felder können Konflikte den Aufbau einer globalen Kooperationskultur behindern, z.B. wenn kulturelle Verhaltensmuster miteinander in Konflikt geraten. Völkerverständigung ist nur möglich, wenn diese verschiedenen Bereiche vernetzt in den Blick genommen werden.

Völkerverständigung ist aber nicht nur eine Frage gesellschaftlicher Praxis. Vielmehr ist besonders auch eine Reflexion auf ihre Grundlagen notwendig. Kernfragen sind dabei: Welches Verständnis von Sprache und Erkenntnis ist überzeugend, damit eine Verständigung zwischen Völkern möglich ist? Welchen Status haben normative Aussagen angesichts pluraler Konstellationen auf globaler Ebene, und wie lassen sie sich begründen? Mit welchem Verständnis von Politik ist eine nachhaltige Verständigung möglich und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Ökonomie, Kultur oder Religion?

In der Philosophie beschäftigen sich seit vielen Jahren unterschiedliche Teildisziplinen mit diesen Fragestellungen. Erstens nimmt sich natürlich besonders die Sozial- und politische Philosophie dieser Themen an. In deren Perspektive werden zuerst Strukturen menschlichen Handelns und gesellschaftlicher Praxis analysiert und diskutiert. Das Nachdenken über Gesellschaft, Staat, Ökonomie oder Kultur sind dabei zentrale Aspekte. Angesichts der vielfältigen dynamischen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte sind die dabei entwickelten Ansätze in den vergangenen Jahren mehr und mehr auf die globale Ebene übertragen worden.

Sozialphilosophische Analysen globaler Dynamik



Michael Reder, seit Herbst 2010 Lehrstuhlvertreter für praktische Philosophie und Völkerverständigung an der Hochschule für Philosophie

Der Lehrstuhl will einen Beitrag zu diesen Transformationen leisten und neue Perspektiven auf weltgesellschaftliche Dynamiken entfalten. Die sozialphilosophisch ausgerichtete Analyse ist dabei auf ein interdisziplinäres Gespräch angewiesen, um in der Auseinandersetzung mit Soziologie, Politikologie oder Ökonomie diese Veränderungen erklären zu können. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, die Relationalität globaler Prozesse stärker in den Blick zu nehmen als dies bislang oft der Fall ist. Relationalität bedeutet für die Sozialphilosophie, dass das zentrale Merkmal weltgesellschaftlicher Prozesse die Beziehungen zwischen den Akteuren, Organisationen, Kulturen usw. ist. Damit verschiebt sich die Analyserichtung von den einzelnen (voneinander getrennten) Akteuren auf das dynamische Beziehungsgeflecht.

Ethische Grundlagenforschung und sozialkritische Konkretisierungen

Die praktische Philosophie ist außerdem als Ethik gefragt, welche normative Maßstäbe in einer ausdifferenzierten Weltgesellschaft eine Rolle spielen und was diese zu einer kooperativen Gestaltung globaler Zusammenhänge beitragen können. Die Diskussion über Gerechtigkeit in der praktischen Philosophie bildet hierfür den Ausgangspunkt. Eine Fokussierung auf traditionelle Gerechtigkeitskonzepte reicht allerdings nicht aus, um neue Formen von Völkerverständigung zu begründen. In der sozialetischen Perspektive geht es vielmehr um eine differenzierte Analyse bereits realisierter Praktiken der Gerechtigkeit, von denen ausgehend eine Weiterentwicklung globaler Gerechtigkeitsansätze betrieben und theoretisch begründet werden kann.

Dabei kommt dem Nachdenken über das Verhältnis von Universalismus und Partikularismus eine besonders große Bedeutung zu. Denn einerseits ist die Weltgesellschaft auf der Suche nach einheitlichen normativen Standards. Andererseits werden Normen weltweit kulturell ausbuchstabiert. Eine überzeugende Verhältnisbestimmung dieser beiden Pole ist eine entscheidende Bedingung globaler Verständigung. Die Ethik kann dazu beitragen, dieses Spannungsverhältnis zu klären.

Politische Philosophie und das politische Feld (welt-)gesellschaftlicher Gestaltung

Die politische Philosophie ist ein weiterer zentraler Teilbereich der praktischen Philosophie; ihr geht es um die Erklärung des politischen Feldes und Begründungen für gesellschaftliche Steuerung bzw. politische Herrschaft. Sie ist dabei immer auf ethische Überlegungen bezogen. Aufbauend auf den sozialen Analysen geht es im Kontext der Völkerverständigung unter anderem um eine kritische Diskussion politisch-rechtlicher Gestaltung weltgesellschaftlicher Dynamiken. Für ein an Verständigung orientiertes Zusammenleben der Völker ist es von zentraler Bedeutung, neue Formen politisch-rechtlicher Gestaltung zu entwerfen, welche den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechen.

Hierzu kann gerade die politische Philosophie mit ihrem vielfältigen Modellen des Politischen einen wichtigen Beitrag leisten. Fragen nach Demokratie, Toleranz, Menschenrechten oder Frieden stehen hierbei im Zentrum und müssen angesichts globaler Konflikte neu ausbuchstabiert werden. Dabei spielen auch interkulturelle und interreligiöse Verständigung eine wichtige Rolle, weil nur dann das politische Feld in einer kooperativen Weise ausgestaltet werden kann. Kultur und Religion sind daher auch im Bereich der politischen Philosophie wichtige Querschnittsfragen.

Kultur und Religion im Fokus philosophischen Nachdenkens

Die Vielfalt von Kulturen und Religionen ist heute eine zentrale Erfahrung der Globalisierung und oft Ausgangspunkt von Konflikten. Sowohl in wissenschaftlichen wie öffentlichen Diskussionen bleibt allerdings meist unklar, was unter Kultur bzw. Religion verstanden werden soll. Oftmals zeigt sich gerade die praktische Philosophie (in Form von Sozial- und politischer Philosophie) erschreckend kulturblind.

Der Lehrstuhl will sich besonders dieser Schnittstelle von (traditioneller) praktischer Philosophie und Kultur- bzw. Religionsphilosophie widmen. Es geht dabei in einem ersten Schritt vor allem darum, die facettenreichen

Phänomene von Kultur und Religion analytisch zu erfassen und ihre Funktion im globalen Relationengeflecht zu erklären. Für die Frage der Völkerverständigung spielt insbesondere das Thema Interkulturalität eine entscheidende Rolle.

Die interkulturelle Philosophie ist seit gut zwei Jahrzehnten zu einem festen Bestandteil der akademischen Szene geworden. Ihr geht es einerseits um eine theoretische Grundlegung von Interkulturalität und dabei insbesondere um eine Klärung philosophischer Grundbegriffe wie Wahrheit oder Erkenntnis angesichts vielfältiger interkultureller Erfahrungen. Andererseits beschäftigt sie sich in einer politisch-praktischen Hinsicht mit den praktischen Bedingungen von gelungener interkultureller Verständigung im Zeitalter globaler Konflikte.

In der ersten Hinsicht will der Lehrstuhl die Konsequenzen der Interkulturalität für das Verständnis von Sprache und Erkenntnis untersuchen und damit interkulturelle Verständigung zu einer Grundfrage der Philosophie machen. Für die Entwicklung neuer Ansätze gelungenen Zusammenlebens sind solche Modelle von Interkulturalität unerlässlich. Angesichts vielfältiger interkultureller Erfahrungen im globalen Kontext ist in diesem Zusammenhang ein erkenntnistheoretisches Konzept notwendig, das die Vielfalt kulturell bedingter Perspektiven auf Wirklichkeit in Beziehung setzt und damit eine Grundlage für verständigungsorientiertes Handeln schafft.

Damit sind außerdem religionsphilosophische Fragen eng verbunden. Denn Religionen sind als Teil von Kulturen sowohl in globaler Hinsicht als auch in westlichen Gesellschaften wichtige Akteure, die Verständigung fördern oder behindern können. Was heute angesichts pluraler Weltanschauungen unter Religion verstanden werden soll, und welche gesellschaftliche Rolle ihr zukommt, sind zentrale Fragen, zu deren Klärung die Philosophie wichtige Überlegungen beitragen kann.

Die Philosophie kann als praktische Philosophie (in der Erweiterung um kultur- und religionsphilosophische Argumente) eine wichtige Basis für das Nachdenken über Völkerverständigung sein. Verständigungsorientiertes Handeln beruht dabei auf Kommunikationsformen, welche die eigenen erkenntnistheoretischen Begrenzungen ernst nehmen. Damit können Vorurteile abgebaut und offene Begegnungen mit dem Fremden möglich werden. Diese Formen verständigungsorientierter Kommunikation sind Grundlage für ein friedliches Zusammenleben angesichts vielfältiger globaler Herausforderungen.

Dr. Michael Reder
ist Vertreter
des Lehrstuhls
für praktische
Philosophie mit
Schwerpunkt
Völkerverständigung.

Michael Reder

Projektleitung

Prof. Dr. Dr. *Johannes Wallacher*, Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Philosophie.

Projektbeirat 2010

Verantwortlich für die Konzeption und Planung der Vorhaben des Projekts sowie die Verwendung der Mittel ist der Projektbeirat. Es gehören ihm – gemäß der Satzung des Rottendorf-Projekts – folgende Mitglieder an:

- Prof. Dr. *Michael Bordt SJ* (Präsident der Hochschule)
- Prof. Dr. *Norbert Brieskorn SJ* (Vertreter des Stiftungskuratoriums)
- Prof. Dr. *Johannes Müller SJ* (Vertreter des Lehrkörpers)
- Dr. *Janez Perčič SJ* (Vertreter des Lehrkörpers)
- Dr. *Michael Reder* (Vertreter des Lehrkörpers)
- Prof. Dr. Dr. *Johannes Wallacher* (Projektleiter)

Aufgrund seiner Emeritierung ist Prof. Dr. *Rüdiger Funiok SJ* im Frühjahr ausgeschieden. An seiner Stelle wurde Dr. *Michael Reder* vom Hochschulrat in den Projektbeirat bestellt.

Projektassistenz
2010

Herr Dipl. Math. *Matthias Rugel* M.A. ist als wissenschaftlicher Assistent für die Planung, Durchführung und Koordination der Veranstaltungen sowie für weitere Tätigkeiten im Rahmen des Projekts verantwortlich. Frau Dipl. theol. *Karoline Scharpenseel* M.A. befindet sich weiterhin in Elternzeit.

Zielsetzung des Projekts

Das Forschungs- und Studienprojekt der Rottendorf-Stiftung an der Hochschule für Philosophie hat sich in den ersten 15 Jahren seines Bestehens schwerpunktmäßig mit fremden Ländern und Kulturen sowie mit der Rolle der Religionen in einer entstehenden Weltkultur auseinandergesetzt. Seit mehr als zehn Jahren beschäftigt es sich in Anknüpfung daran vorrangig mit dem Schwerpunktthema „Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur“. Die 1996 für diese Projektausrichtung verfassten Leitlinien sind im Folgenden in Auszügen dokumentiert.

I. Beschreibung
des Kontextes

1. Die Menschheit steht derzeit vor zwei globalen Herausforderungen. Zum einen ist die heutige Weltlage von einem zunehmenden Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd gekennzeichnet, zu dem nun noch ein wachsendes West-Ost-Gefälle hinzukommt. Dieses Gefälle hat wesentlich strukturelle Ursachen, wie vor allem die Mechanismen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung zeigen. [...]

2. Als zweite Herausforderung stellt sich immer mehr die weltweite Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen dar. Ressourcenverschwen-

dung und Schädigung der Umwelt als Folge des westlichen Zivilisationsmodells wie auch der Armut im Süden sind Probleme, die sich nicht nur in den jeweiligen Regionen, sondern auch global auswirken. [...]

3. Das westliche Zivilisationsmodell, insbesondere der damit verbundene Wohlstand, übt große Anziehungskraft auf die Menschen in den Entwicklungsländern aus, was zum Ziel einer „nachholenden Entwicklung“ geführt hat. Dieses Paradigma wird auch vom Norden aus eigennützigen Gründen propagiert. Die Idee der „nachholenden Entwicklung“ erweist sich jedoch nicht nur faktisch für die meisten Länder immer mehr als Illusion, sondern auch grundsätzlich als unhaltbar, da eine Universalisierung dieser Lebensweise unvermeidlich zu einem globalen ökologischen Kollaps führen würde. [...]

4. Angesichts dieser Situation stellt sich die Aufgabe einer sowohl sozial als auch ökologisch verträglichen Lebensweise, einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung (sustainable development). Die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der ärmsten Menschen und Völker sowie die langfristigen Interessen künftiger Generationen stehen auf dem Spiel. Soll es nicht zu einer dauerhaften Spaltung zwischen Arm und Reich kommen, die längerfristig wohl nur mit militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten wäre, braucht es einen gemeinsamen Dialog und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aller, um die notwendigen Lösungen zu erarbeiten und zu verwirklichen. Aufgrund ihrer politisch, wirtschaftlich und soziokulturell dominanten Rolle kommt den Industrieländern (und den Reichen im Süden) dabei eine besondere Verantwortung zu. Nur sie können ihren Lebensstandard einschränken, ohne ihren Wohlstand aufgeben zu müssen. Neben der Änderung der Lebensweise der Einzelnen sind strukturelle Reformen notwendig, die dies ermöglichen und fördern. Dies erfordert eine weitsichtige und vorausschauende Politik, die nicht nur kurzfristige Interessen verfolgen darf, sondern zu einer Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche werden muss. Langfristiges Ziel muss es sein, weltweite Reformen im Sinne einer globalen Strukturpolitik bzw. „Erdpolitik“ (E. U. von Weizsäcker) vorzunehmen, die eine sozial- und umweltverträgliche Entwicklung ermöglichen.

1. Vor dem Hintergrund der dargestellten Problemlage und angesichts der massiven Risiken, die aus diesen globalen sozialen und ökologischen Konflikten für die Menschheit erwachsen und deren Fortbestand gefährden, will sich das Projekt der Frage nach der menschlichen Verantwortung stellen. Praktische Rezepte für einen Weg aus der Krise können dabei nicht erwartet werden. Statt dessen sollen die philosophischen Grundlagen aufgezeigt werden, auf deren Basis die nötigen Reformen möglich sind: Ansätze der Ethik, der Sozialethik, insbesondere der Wirtschafts- und Umweltethik, der Anthropologie oder der Geschichtsphilosophie. Eine solche Auseinandersetzung erfolgt nicht gleichsam im „luftleeren Raum“, sie muss nicht bei einem Nullpunkt beginnen, sondern erfolgt immer schon vor dem Hintergrund ethischer Vorentscheidungen. Diese sind bewusst zu machen. Eine solche Reflexion wird es als ihr Anliegen betrachten, individuelle und gesellschaftliche Verhaltensweisen und Lebenseinstellungen zu beeinflussen. [...]

II. Leitlinien der Projektarbeit

2. In diesem Rahmen ist somit nach Begründungen einer Lebensführung zu fragen, in der persönliche Freiheit und universale Solidarität in Einklang zu bringen sind, nach einem Zivilisationsmodell, das individuelle Wahlmöglichkeiten und gesellschaftliche Strukturen miteinander verknüpft. In jedem Falle ist es dabei notwendig, einerseits die Einstellungen des Einzelnen mit gesamtgesellschaftlichen Strukturen zu vermitteln, andererseits kulturelle Unterschiede konstruktiv aufzunehmen und von daher Alternativen „gelungenen Lebens“ zu entwickeln; das heißt aber auch: die Monoperspektive des abendländischen Wohlstandsmodells ist zu überwinden. Dies darf jedoch nicht auf Kosten der persönlichen Wahlfreiheit im Sinne einer Ökodiktatur gehen. [...]

3. Ein Ethos, das heute angesichts globaler Herausforderungen des Lebens und Überlebens notwendig ist, steht vor dem Problem, im Individuum nicht emotional verankert, nicht mit seiner überschaubaren Sphäre der Interessen vermittelt zu sein. Hinzu kommt, dass die Menschen durch die komplexe Problemlage überfordert scheinen und dabei häufig resignieren. Daher ist nach Werten zu suchen, die ein Zusammenleben unter globaler Rücksicht begründen und ermöglichen helfen. Können Psychologie und Religionsphilosophie tragfähige Motivationshilfen aufzeigen? Die Kommunikationswissenschaften sind zu befragen, wie ein solches Zusammenleben zu vermitteln ist und wodurch es unterstützt werden kann. Dabei verdienen die Werte und Traditionen demokratisch verfasster Gesellschaften eine besondere Berücksichtigung. [...]

4. Im Gespräch zwischen Sozial- und Naturwissenschaften, Psychologie und Verhaltensforschung, Philosophie und Theologie will sich das Rottendorf-Projekt diesen Fragen stellen und in interdisziplinärer Zusammenarbeit Antwortmöglichkeiten formulieren. Die methodische Ausrichtung muss neben der interdisziplinären (Gespräch verschiedener Wissenschaften) auch die interkulturelle (Vielfalt der Kulturen und Religionen) und die globale Perspektive im Blick haben. Diese Auseinandersetzung wird nie auf einem ethisch oder weltanschaulich „neutralen Boden“ stattfinden.

5. Damit bleibt das Rottendorf-Projekt dem Versuch verpflichtet, sowohl die geistigen Grundlagen einer „neuen Weltkultur“ zu formulieren, als auch die Fundamente des sittlichen Handelns und des „guten Lebens“ zu erarbeiten. Die Projekt-Arbeit soll bereits vorhandene Ansätze kritisch reflektieren, an die Öffentlichkeit vermitteln in der Absicht, Aufbrüche zu fördern und Hoffnung zu vermitteln in einer für die Menschheit bedrohlichen Situation.

Der gesamte Text findet sich unter:

www.hfph.mwn.de/einrichtungen/rottendorf/Leitlinien/

Interdisziplinäres Symposium: Globale Finanzkrise als ethische Herausforderung

*Zum Spannungsverhältnis von persönlicher Verantwortung und
institutioneller Ordnung*

am 11./12. Juni 2010

Das Rottendorf-Symposium hätte auch knapp 2 Jahre nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehmann Brothers im Herbst 2008 kaum ein aktuelleres Thema haben können. Denn mit der Schuldenkrise in der Euro-Zone, die im Frühjahr 2010 in Griechenland begann und inzwischen weit darüber hinaus reicht, war die globale Finanzkrise zum Zeitpunkt der Tagung gerade in die nächste Runde gegangen. Insofern ging es zunächst darum, Ursachen und Folgen der Krise und des bisherigen Krisenmanagements grundlegend zu analysieren und zu reflektieren.



Diskussion im Foyer: links von hinten Eva Terberger, in der Mitte Martin Hellwig, rechts Johannes Wallacher

Schon vom Anfang der Tagung an wurde deutlich, dass Analyse und Reflexion auch im Kontext der Finanzmärkte nicht trennscharf voneinander zu unterscheiden, sondern immer schon zusammen zu betrachten sind. Insofern wurde die normative Dimension der Problemstellung auch schon von den Ökonomen und Ökonominen thematisiert, die mit ihren Analysen die verschiedenen Dimensionen der Krise beleuchteten, angefangen von der finanzwissenschaftlichen (Martin Hellwig und Lukas Menkhoff) und politikökonomischen Seite (Susanne Lütz) über das Krisenmanagement (Gerhard Illing, Catharina Benning, Renate Schubert) bis hin zu den Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Mikrofinanzierung

(Eva Terberger). Daran schlossen sich die sozialphilosophischen Reflektionen zum Wirtschaftsliberalismus (Walter Reese-Schäfer) wie zu den gerechtigkeitstheoretischen Fragen (Bernhard Emunds) am zweiten Tag an. Das interdisziplinäre Gespräch zwischen Volks- und Betriebswirten, Politologen und Philosophen bildete dann die Grundlage für die Suche nach wirksamen, effizienten und gerechten Reformen der Finanzmarktordnung in den einzelnen Ländern selbst wie auf internationaler Ebene. Der bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon leitete das abschließende Podium dazu mit einem viel beachteten Impulsreferat ein.

Martin Hellwig:
Marktversagen und
Staatsversagen
in der Finanzkrise
2007/2008

Den Auftakt zur Konferenz machte Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Martin Hellwig, Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Bonn, und weithin anerkannter wissenschaftlicher Berater der Bundesregierung in finanzpolitischen Fragen. Hellwigs Ursachenanalyse der Krise ist komplex: Die Immobilienkrise in den USA bewirkte zwar unerwartet große Verluste. Diese lokale Krise hätte aber dennoch nicht ausgereicht, um das weltweite Finanzsystem anzugreifen. Dazu kam sowohl manches individuelle Versagen als auch erhebliche Schwächen der internationalen und nationalen Finanzarchitekturen.

Die privaten Hypothekenbanken in den USA waren nicht in der Haftung, wenn sie ihre Forderungen an Verbriefungsbanken weitergaben. Die Marktdisziplin, die solches Verhalten nach der Marktideologie ausgleichen sollte, hat sich hier als Mythos erwiesen: die Ertragsraten sahen zu vielversprechend aus, außerdem verkaufte man die Risiken immer weiter. Dazu kam, dass Banken die Eigenkapital- und Klumpenrisiko-Regulierung umgingen, indem sie etwa Zweckgesellschaften ohne Eigenkapital und mit kurzfristiger Refinanzierung gründeten. Dieses System brach im Herbst 2007 zusammen. Dies geschah nicht nur dadurch, dass die Ratings auf die Verbriefungen sanken. Zudem wurden Garantien, die Banken für ihre Zweckgesellschaften übernommen hatten, fällig. Um an Eigenkapital zu kommen, mussten Banken Wertpapiere verkaufen. Weil so wenig Eigenkapital da war, musste man etwa das 50-fache des Verlustes verkaufen. Diese und andere prozyklische Prozesse führten zu zeitweiligen Zusammenbrüchen der Interbankmärkte und zu Solvenzproblemen – bis der Steuerzahler im Herbst 2008 erklärte, er würde den Banken helfen.

Hellwig schlägt vor, zu verbieten, dass die Banken ihr Risiko selbst kalibrieren. Er würde sie auf eine Eigenkapitalquote weit über 10 % verpflichten. Den Aufschrei der Bankenwelt gegenüber einem solchen Vorschlag hält er umgekehrt folgende Frage entgegen: „Warum beherrscht eine Community, die nach den jüngsten Entwicklungen vollständig diskreditiert sein sollte, nach wie vor die Diskussion und warum lässt sich die Politik darauf ein?“¹

¹ Der G20-Gipfel in Seoul im Herbst 2010 beschloss eine zurückhaltende stufenweise Erhöhung des Kern-Eigenkapitals entsprechend den Basel-III Richtlinien: »Bis 2015 steigt die Quote für sogenanntes „hartes“ Kernkapital aus Aktien und Gewinnrücklagen von zwei auf 4,5 Prozent, bis Anfang 2019 dann auf sieben Prozent.« FTD vom 12.11.2010 verfügbar unter <http://www.ftd.de/politik/international/:gipfelabschluss-was-die-g20-beschlossen/50193811.html>

Das zweite Referat hielt Dr. Lukas Menkhoff, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Leibniz Universität Hannover und beim Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit in der Politikberatung tätig. Er bestätigte die Analyse, dass das Finanzsystem in allen seinen Teilen erhebliche Defekte aufweist.

Lukas Menkhoff:
Verantwortung,
Haftung und
Regulierung in
der Finanzkrise

Ärgerlicherweise ist der Krisentyp, den wir erlebt haben, nicht neu. 1998 verursachte ein US Hedge Fond mit Namen LTCM eine vergleichbare Krise, er hatte seit seiner Gründung 1994 mehrere Jahre Eigenkapitalrenditen von 40%. 1998 funktionierten die Geschäftsmodelle mehrmals nicht mehr. Man erhöhte das Risiko, verspekulierte sich aber wiederum. Die ersten Adressen des Finanzsystems hatten Kapital gegeben. Über eine Intervention der US-amerikanischen Zentralbank (FED) konnte der Fond ohne weitere Verluste abgewickelt werden. Politisch hat man damals nicht reagiert.

Menkhoff betonte, dass viele Regulierungslücken, die zur Krise beigetragen haben, seit langem bekannt sind. Besonders erschreckend sind die Zweckgesellschaften, die insbesondere dazu gegründet werden, um Regulierungskosten zu senken. Sie wurden sowohl von Bankmanagern und Bankaufsichtsgremien als auch von der staatlichen Bankenaufsicht mit getragen.



Hochschulpräsident Michael Bordt stellt Susanne Lütz vor

Oswald von Nell-Breuning, einer der bedeutendsten Vertreter der Katholischen Soziallehre, hat bereits 1928 vielerlei Verhalten an den Börsen als „Freibeutertum“ gekennzeichnet. Spekulation, die nicht der Risikotragung oder direkt der Realwirtschaft nützt, ist ihm zufolge zu verbieten. Menkhoff folgt ihm darin und unterscheidet die drei Ebenen, um das Verhalten auf den Finanzmärkten zu steuern: Verantwortung, persönliche Haftung und Regulierung. Zentral ist dabei die Verantwortung. Ohne dass Verantwortung übernommen wird, kann keine Regulierung funktionieren. Menkhoff fordert einen mittleren Grad von Regulierung zwischen freien Finanzmärkten und

Zentralverwaltungswirtschaft. Eine einfache Lösung ist vorzuziehen, damit ein Regulierungswettlauf zwischen Aufsicht und Regulierten möglichst vermieden wird.

Susanne Lütz:
Konflikt und
Kooperation
beim globalen
Krisenmanagement

Dass die Finanzkrise bereits einige finanzpolitische Veränderungen herbeigeführt hat, betonte die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Susanne Lütz von der FU Berlin. Nicht nur bei der Transformation der G8 zur G20 kann man sehen, wie die Finanzkrise schon heute konkrete politische Auswirkungen hat. Signifikante Änderungen zeigen sich auch im Feld des Umgangs mit hochverschuldeten Staaten. Lütz referierte über die Zusammenarbeit von Internationalem Währungsfonds (IWF) und EU bei der jüngsten Kreditvergabe an Länder in Mittel- und Osteuropa. Schon dass es diese Zusammenarbeit gibt, ist eine Neuerung.

Es fällt auf, dass beide Institutionen anders funktionieren. Während Stab und Management des IWF relativ autonom gegenüber den Regierungen der Mitgliedsstaaten sind, zeigen sich EZB und EU-Kommission viel stärker an den EU-Ministerrat rückgebunden. Während der IWF früher immer für strikte Konditionalitäten eintrat, liegt ihm in der Wirtschaftskrise mehr an der wirtschaftlichen Entwicklung denn an einer niedrigen Inflationsrate. Sein moderater Keynesianismus zeigt sich etwa darin, dass der IWF, als Lettland in Zahlungsschwierigkeiten war, 13 % des BSP als Budgetdefizit bis 2012 zugelassen hätte, während die EU nur 3 % zulassen wollte. Im Programm des IWF ist auch, dass man auf einem Minimum sozialer Absicherung beharrt: bei der Griechenland-Entschuldung mussten etwa die unteren Lohngruppen von Kürzungen ausgenommen werden. Lütz vermutet, dass insbesondere die negativen Erfahrungen des IWF mit seinen Interventionen in Krisen Lateinamerikas und Asiens zu diesem flexibleren Auftreten führen. Die EU ist auch durch bestehende Verträge in ihrer Handlungsfreiheit eingengt und überhaupt bestrebt, den Stabilitätspfad fortzusetzen. Es wird sogar befürchtet, dass sich die Währungsunion mit dem IWF ein trojanisches Pferd ins Land geholt hat.

Gerhard Illing:
Erfolg und Grenzen
einer aktiven
makroökonomischen
Politik
in Europa

Der zweite Teil des Symposions untersuchte und bewertete die Maßnahmen, die in der Wirtschaftskrise bisher unternommen wurden. Prof. Dr. Gerhard Illing vom Seminar für Makroökonomie an der LMU München nahm dazu die makroökonomische Politik in Europa in den Blick. Finanzkrisen gehörten zur Wirtschaft wie das Salz zur Suppe. Die Frage sei nun aber, wie man angemessen darauf reagiert. Staatliche Stützungsmaßnahmen können auf dreierlei Ebenen erfolgen: als Rettungspakete, als Stützung der Geldpolitik sowie als fiskalpolitische Maßnahmen.

Rettungspakete, die zur kurzfristigen Stabilisierung der Finanzindustrie führen, tragen oft schon die Saat des langfristigen Zusammenbruchs in sich, da das Problem der Krise nicht im Kern bewältigt wird und durch die riesigen Geldpumpen der Anreiz für die Finanzindustrie wächst, ein höheres Risiko einzugehen. Illing sieht die Gefahr, dass das kurze Zeitfenster als Chance schmerzhafter Anpassungsprozesse durch Aufschub verpasst wird.

Geldpolitisch rechnet Illing nicht mit einer Inflation. Stattdessen besteht das Risiko, dass neue Vermögensblasen aufgebaut werden. Die Fiskalpolitik sollte zum Ziel haben, in guten Zeiten einen Puffer für Krisen aufzubauen, in Krisenzeiten aber nicht an fixe Richtlinien gebunden sein. Prinzipiell aber sollte der starke Anstieg der Staatsverschuldung (auch der Banken) gebremst werden, insbesondere weil bereits im Moment der staatliche Handlungsspielraum für eine weitere Krise weitgehend ausgeschöpft ist.

Anhand der momentanen Eurokrise erweise sich, dass Globalisierung dazu führt, dass einzelne Staaten von ihrer Souveränität abgeben müssen.



Mit dem Publikum in Diskussion: von links Gerhard Illing, Johannes Müller (Moderator), Catharina Bening

Dr. des. Catharina Bening knüpfte in ihrem zusammen mit Prof. Dr. Renate Schubert (ETH Zürich) erarbeiteten Vortrag daran an, dass Konjunkturpakete nicht den Kern der Krise entschärfen können. Wenn man sie schon einsetzt, so sollten sie auch dem sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft dienen. Die Umweltökonomin Bening sprach von „grünen Konjunkturpaketen“, die nicht nur ökonomisch nachhaltig sein sollen. Schließlich befinden wir uns nicht nur in einer globalen Finanzkrise, sondern stehen auch vor globalen Herausforderungen sozialer (v.a. Armut) und ökologischer Art (Klimawandel, Verlust von Biodiversität). Ein grünes Konjunkturpaket kann Synergien ausschöpfen und eine langfristige Transformation des Finanzsystems anstoßen. Der Aufbau erneuerbarer Energien ist beispielsweise erfreulich arbeitsintensiv. Gleichzeitig ökologisch und ökonomisch wirksam sind Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden. Vom Konjunkturpaket in Deutschland kann ca. 15 % als ökologisch identifiziert werden, in den USA etwa 10 %. In China sind es 35 % – insbesondere in den Ausbau des Schienennetzes – und in Südkorea sogar 80 % – insbesondere zur „Revitalisierung von Flüssen“. Leider darf man den gleichzeitig zu erwartenden Ausbau der Stahlindustrie in China und die in Südkorea angestoßenen Flussbegradigungen nicht uneingeschränkt

Catharina Bening/
Renate Schubert:
Staatliche Konjunkturprogramme
und die globalen
sozialen und
ökologischen
Herausforderungen

als ökologisch einstufen. Die kurzfristige ökonomische Stabilisierung wurde oftmals erreicht, Maßnahmen wie die Abwrackprämie trugen allerdings nichts zum erhofften Strukturwandel bei.

Eva Terberger:
Konsequenzen aus
der Finanzkrise für
eine nachhaltige
Entwicklungs-
finanzierung

Eva Terberger, Professorin für Betriebswirtschaftslehre, Finanzsysteme und Entwicklungsfinanzierung an der Universität Mannheim und gleichzeitig Leiterin der unabhängigen Evaluierungseinheit in der Entwicklungsbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt, konnte aus der Praxis der Entwicklungsfinanzierung berichten. Ein Renditeverzicht bei der Finanzierung armer Länder geht immer damit einher, dass man politische Überzeugungen exportieren will. Vor 15 Jahren wollte der Westen vor allem Deregulierung und Liberalisierung im Süden implementiert sehen, heute stehen Demokratie und Partizipation im Zentrum. China tritt in den letzten Jahren massiv als Geldgeber in Afrika auf und fragt nicht nach solchen Werten. Bei zahlreichen Südpartnern entsteht der Eindruck, dass man mit China auf Augenhöhe verhandeln könne, während der Westen eher mit erhobenem Zeigefinger auftrete. Mit der Finanzkrise geriet nun das westliche (Wirtschafts-)Modell in eine Legitimitätskrise. Dazu kommt, dass neben Indien gerade China die größten Fortschritte bei der Armutsbekämpfung gemacht hat. Die Entwicklungshilfe an Südstaaten, die unter den westlichen Paradigmen gegeben wurde, hat oft weniger zur Erreichung der Millenniumsziele beigetragen. Durch all dies kommt unser westliches Modell unter Rechtfertigungszwang. Es muss genau hinterfragt werden.

Terbergers spezifische Kompetenz ist der Mikrofinanzbereich. Als man in den 1970er Jahren günstige Kleinkredite anbot, scheiterte das Projekt, teilweise gab es 90 % Ausfallrate. Erst als man Ende der 1980er Jahre den Aufbau zielgruppenorientierter Finanzinstitutionen förderte, wurde aus der Mikrofinanzierung eine Erfolgsgeschichte. Die Branche verzeichnete jährliche Wachstumsraten von 30 bis 40 % und zog zunehmend internationale Anleger an. Die internationale Finanzkrise hatte keine desaströsen Auswirkungen auf diesen Bereich, das expansive Wachstum ist freilich gestoppt und die Säumigkeitsraten steigen. Die Krise war insofern heilsam, weil es manchmal zu einer Überschuldung kam und der Markt die Zahlungsfähigkeit des Kunden noch nicht in jedem Fall angemessen überprüfen kann. Ein gewisser Nutzen der Mikrofinanzinstitute zur Armutsbekämpfung ist nachgewiesen, aber nicht in dem erhofften Maße. Man diskutiert heute nicht mehr, dass man diese „Sparkassen“ vollständig privatisieren sollte.

Walter Reese-
Schäfer: Wirt-
schaftsliberalismus,
Ordoliberalismus
und Politischer
Liberalismus

Am zweiten Tag des Symposions wurden ethische Maßstäbe und Lösungsansätze für die Krise erörtert. Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer, Sozialphilosoph am Seminar für Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen untersuchte dazu das Verhältnis von wirtschaftlichem Wettbewerb und staatlicher Ordnung. Auf die Weltwirtschaftskrise 1929 reagierte man anti-liberal und protektionistisch. In Gegenreaktion entwickelte man 1938 (in Frankreich) den Begriff des Neoliberalismus. Michel Foucault sieht auch den deutschen Ordoliberalismus, die sogenannte Freiburger Schule, in dieser Tradition und identifiziert sich mit ihrem Denken. Sie hatte großen Einfluss auf das deutsche Wirtschaftswunder. Für den Ordoliberalismus

funktioniert das freie Spiel des Wettbewerbs nur dann, wenn der Staat aktiv Rahmenbedingungen garantiert. Gleichzeitig werden einzelfallorientierte staatliche Interventionen abgelehnt. Wegen der Spannung dieser beiden Leitlinien wurde der deutsche Neu-Liberalismus im angelsächsischen Raum kaum verstanden. Trotz mancher Lücken hält Reese-Schäfer ihn auch weiterhin für interessant.

Wohlstand sei nur zu erreichen mit Hilfe privater Geldgier. Man könne spieltheoretisch aufweisen, dass die Polemik gegen die Gier ein moralistischer Fehlschluss ist. Ist es doch die Gier des Bäckers, Brauers und Metzgers, die nach Adam Smith den Lebenserhalt garantieren. Es handle sich dabei um kein Nullsummenspiel, sondern eine Win-win-Situation. Ein fundamentaler Altruismus, wie er in kirchlichen Schriften oft proklamiert wird, sei kontraproduktiv. Auch Verlässlichkeit und Kontinuität ergeben sich meist aus dem Eigeninteresse der privaten Akteure. Es bleiben drei Aufgaben, die von staatlichen und internationalen Institutionen oftmals sinnvoller geleistet werden können: Bereitstellung von Infrastruktur, Standardsetzung und Gewährleistung für Sicherheit. Daneben sollen Dysfunktionalitäten verhindert werden.



Bernhard Emunds

Der Ökonom und Theologe Bernhard Emunds, Professor für Christliche Gesellschaftsethik und Sozialphilosophie an der philosophisch-theologischen Hochschule, St. Georgen, Frankfurt, und dort auch Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts, stellte sich bewusst hinter die Ausrichtung kirchlicher Sozialverkündigung. Darin geht es um das Gemeinwohl, der Vorstellung aller Bürger von einer guten Gesellschaftsordnung, die allen möglichst hohe positive Freiheit zugestehe. Während der Ordoliberalismus Regulierung des Marktgeschehens im wesentlichen auf die Schaffung einer Wettbewerbsordnung beschränke, fordert die katholische Soziallehre zudem eine aktive Lenkung der Rahmenordnung auf das Gemeinwohl. Danach müssen z.B. die Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass die Menschen

Bernhard Emunds:
Die Finanzwirtschaft – kein Selbstbedienungsladen!

als Subjekte tätig sein können. Dies verlangt wohl auch manche Umverteilung. Wenn man den Begriff des langfristigen Eigeninteresses in einem weiten Sinne veranschlagt, kann Emunds auch mit einem Liberalismus à la Hellwig leben. Problematisch bleibt in beiden Theorien, wie der Staat auf das Gemeinwohl hin ausgerichtet werden kann. Finanzwirtschaft trägt zum Gemeinwohl bei, indem sie den Unternehmen die Bereitstellung nicht finanzwirtschaftlicher Güter erleichtert sowie den Finanzierungs-, Anlage- und Absicherungsbedarf der privaten und öffentlichen Haushalte abzudecken hilft. Außerdem sollte eine Finanzwirtschaft so beschaffen sein, dass das Ausbrechen von Finanzkrisen unwahrscheinlich ist. Gegen Illings These von der Unvermeidbarkeit von Finanzkrisen verwies Emunds darauf, dass es in den Jahren 1952-1972 keine einzige nennenswerte Finanzkrise gegeben hätte. Damit nicht Preisblasen im Finanzmarkt entstehen, wie es sie vor der jüngsten Krise gab, plädiert Emunds mit dem Post-Keynesianismus für eine straffe staatliche Steuerung. Da die führenden Banken heute die Handlungsfähigkeit des Staates in Finanzfragen in Frage stellen, komme man an einer Zerschlagung von Großbanken nicht vorbei. Außerdem plädiert Emunds für ein Trennbankensystem. Wenn der Zahlungsverkehr bei Problemen der Investmentbanken nicht gefährdet wäre, wären die Regierungen weniger erpressbar.



Schlusspodium, von links Renate Schubert, Walter Reese-Schäfer, Johannes Wallacher, Georg Fahrenschon

Georg Fahrenschon:
Lösungsansätze für
eine nachhaltige
globale
Finanzordnung

Am Schlusspodium der Tagung nahmen neben den genannten Referentinnen und Referenten auch Staatsminister Georg Fahrenschon teil, der das Gespräch mit einem Impulsreferat einleitete. Die Politik befinde sich Fahrenschon zufolge noch im Krisenmanagement. Das Grundproblem bestehe darin, dass für den weltweiten Finanzmarkt eine wirksame Ordnung fehle. Das Ziel des internationalen Krisenmanagements muss sein, die anglo-amerikanische Dominanz auf den Finanzmärkten, die letztlich zum Turbokapitalismus geführt habe, zurückzudrängen. Die Vorstellung, der Markt dürfe über gut und schlecht entscheiden, ist ebenso wie die

kommunistische Ideologie gescheitert. Finanzmärkte haben eine dienende Funktion. Man darf Risiko und Verantwortung nicht soweit entkoppeln, wie es bei gängigen Verbriefungspraktiken geschah. Es gibt sittenwidrige Produkte auf dem Finanzmarkt, die zu verbieten sind. Das alles erfordert einen dramatischen Umbruch, insbesondere in Großbritannien, das sich auf die Finanzwirtschaft fokussiert hat. Es ist sehr kritisch, dem wesentlichen Teil der britischen Volkswirtschaft den Boden von den Füßen wegzuziehen.

Es geht heute darum, das Primat der Politik wieder durchzusetzen. Aus der Wirtschaftskrise darf außerdem keine Schuldenkrise werden. Man darf nicht alle Lasten auf die nachfolgende Generation schieben.

Matthias Rugel

Kolloquium: Angst vor dem Frieden

Eine Debatte zum Nahostkonflikt

am 13. Dezember 2010

Das Rottendorf-Kolloquium zum Nahostkonflikt stieß auf großes Interesse. Die Aula der Hochschule für Philosophie war mit ca. 250 Zuhörern prall gefüllt und der Bayerische Rundfunk hat die Debatte für seinen Fernsehsender Bayern alpha vollständig aufgezeichnet. Seit seinen Anfängen Mitte der 1980er Jahre beschäftigt sich das Rottendorf-Projekt mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen mit Fragen einer neuen Weltkultur, deren Ziel darin besteht, ein friedliches und humanes Zusammenleben der Völkerfamilie zu befördern. Der Nahost-Konflikt hat ganz offensichtlich eine zentrale Bedeutung dafür, ob und wie eine „neuen Weltkultur“ und die Verständigung zwischen den Völkern gelingen kann – ist er doch ein Schlüssel für die Beziehungen zwischen Ost und West wie auch für das Verhältnis zwischen den drei großen Weltreligionen. Doch der Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern kommt, wie Johannes Wallacher in seiner Einleitung hervor hob, seit Jahren nicht voran – und die Entwicklungen in diesem Jahr geben wenig Anlass zur Hoffnung, dass sich dies bald ändern könnte. Wallacher erinnerte dabei an den israelischen Militäreinsatz gegen die Schiffe, mit denen Friedensaktivisten Ende Mai die Belagerung Gazas durchbrechen wollten.

Johannes
Wallacher, Leiter
des Rottendorfpro-
jekts, München

Was aber sind die tieferen Ursachen und historischen Hintergründe dafür, dass die Situation im Nahen Osten so ausweglos erscheint? Inwiefern spielen (inter-)religiöse Aspekte dabei eine Rolle? Und was sind Perspektiven und Optionen für die Zukunft? Diese Fragen bildeten den Hintergrund für das Kolloquium des Rottendorf-Projekts am 13. Dezember. Die Basis für die

Hauptreferent:
Moshe
Zimmermann,
Jerusalem,
Historiker

Debatte bildeten die Thesen, die der israelische Historiker Prof. Moshe Zimmermann, Direktor des „Richard-Koebner-Center for German History“ an der Hebräischen Universität Jerusalem, in seinem jüngsten Buch mit dem durchaus provokanten Titel „*Die Angst vor dem Frieden: Das israelische Dilemma*“ vorgelegt hat.



Moshe Zimmermann

Für Moshe Zimmermann ist der Friedensprozess, der in den 1990er Jahren manche hoffnungsvolle Phase hatte, seit der zweiten Intifada (2000) zum Stillstand gekommen. Alle Wiederbelebungsmaßnahmen sind gescheitert. Was die israelische Seite angeht, liege das an einer allgemein verbreiteten Angst, die von einer Minderheit geschürt werde. Insbesondere die radikalen Siedler und das Militär schürten eine Stimmung, dass in Israel mehr Angst vor dem Frieden als Hoffnung auf den Frieden herrsche.

Dies lässt sich besser verstehen, wenn man betrachtet, was unter einem jüdischen Staat verstanden wird. Die ursprüngliche zionistische Bewegung zielte auf einen laizistischen Staat. 1948 wollte man einen Staat für Juden gründen, damit Verfolgte dort eine Heimat finden könnten. Die Vorstellung eines jüdischen Staates war nicht religiös oder inhaltlich gemeint, sondern betraf vor allem den Charakter des Staates. Die Ideologie dabei war, dass eine Mustergesellschaft entstehen sollte.

Mit der Einwanderung arabischer Juden setzte seit 1968 eine religiöse Romantik ein. Die Argumente für den jüdischen Staat wurden weniger sicherheitspolitisch und mehr religiös. Die Sehnsucht nach dem biblisch verheißenen Land („Eretz Israel“) bestimmte immer mehr Staatsbürger. Die ursprünglich anti-zionistische oder apolitische jüdische Orthodoxie übernahm mit der Zeit eine Führungsrolle in der zionistischen Bewegung. Für die orthodoxen Siedler hieß dies: Das „Eretz Israel“ muss von Juden besiedelt werden, sie haben ein Recht auf das ganze Land. Die israelische Gesellschaft unterstützt diese Tendenzen, die dem Friedensprozess zuwider-

laufen, weil auch sie oft dem Bild verpflichtet sind, dass Juden überall in der Welt gehasst und verfolgt werden – und deshalb nie einen Kompromiss eingehen dürften. Auch das israelische Militär, das sich früher aus der eher laizistischen Kibbuzbewegung speiste, wird heute immer mehr von national-religiösen Eliten bestimmt. Dies zeigt sich daran, dass der Militärrabbiner heute eine wichtige erzieherische Rolle spielt.

Abul-Rahman Alawi, lange Jahre europäischer Korrespondent für die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA, stellte Zimmermanns Analyse in Frage. Es sei nicht die Angst vor dem Frieden, die die israelische Gesellschaft lähme, sondern der Wille Israels, dass es keinen Frieden gibt. Der Siedler im Westjordanland hat kein Interesse, seine Wohnstatt abzubauen, er glaubt sich im Recht. Die Infrastruktur seiner Siedlung stellt dabei der israelische Staat bereit. Dagegen dürfe selbst ein israelischer Staatsbürger öffentlich nichts unternehmen. Würde er auf offener Straße in Nazareth demonstrieren, würde er erschossen.

Zimmermann erwiderte, dass es dennoch so sei, dass bestimmte Gruppen in Israel die Mehrheit einschüchterten. Ein Baustopp in den besetzten Gebieten würde beispielsweise von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen. Die Minderheit der Siedler verschafft sich aber dadurch politisches Gehör, weil die Mehrheit an einem „Bruderkrieg“ kein Interesse hat.

Dr. Christian Rutishauser SJ, Programmdirektor im Lassalle-Haus in Bad Schönbrunn (Schweiz), teilt Zimmermanns These von der unterschwelligem Angst, die die israelische Gesellschaft bestimmt. Er widersprach Zimmermanns Ausführungen aber an einem anderen Punkt. Mehr als in seinem Buch hatte Zimmermann in seinem Vortrag einseitig die Religion als Wurzel der israelischen Angst akzentuiert. Dabei ist es im Allgemeinen nicht die Religion, welche die Gewalttätigkeit motivierte. Das zeigt sich insbesondere an den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts. Zimmermann hielt dagegen, dass das Abkommen von Oslo (1993) heute noch eine Lösung sein könnte, wenn Israel nur vom modernen Nationaldenken bestimmt wäre. Der religiöse Fundamentalismus der jüdischen Orthodoxie verhindere heute aber diese Lösung. Rutishauser konterte, dass selbst in der Tora die Verheißung des Eretz Israel an ethische Grundsätze gebunden wäre. Diese theologische Perspektive, so wiederum Zimmermann, entspräche zwar dem europäischen Reformjudentum, aber nicht der heutigen religiösen Wirklichkeit in Israel. Dort sei die Orthodoxie ethnozentratisch geworden. Für Rutishauser ist freilich der Hinweis auf die dominierende Religion in Israel nur ein Vorwand, um nicht den Kampf um die eigene nationale Identität führen zu müssen.

Die Diskutanten sparten die Frage nach der historischen Schuld nicht aus. Alawi betonte, dass die israelischen Siedler eine Position verträten, der beinahe in der ganzen Welt widersprochen wird. Nur aus ihrer Sicht ist die Westbank „befreites Land“, aus einer unparteiischen Sicht heraus sei sie von Israel besetztes Land. Auch in der Analyse des Israelis Zimmermann trägt sein Land die Hauptschuld am Stocken des Friedensprozesses seit der Ermordung Rabins (1995). Dass es in besetzten Gebieten Widerstand gäbe,

Abdul-Rahman Alawi, Köln, Verleger, Journalist und Publizist

Christian Rutishauser SJ, Lassalle-Haus, Zentrum für Spiritualität, Dialog und Verantwortung

sei gerechtfertigt. Die israelische Einstellung zu den Arabern sei eine traditionell europäische. Die Europäer haben den Nationalstaat erfunden, diese Ideologie wurde nach Palästina importiert. Der jüdische Nationalismus hätte sich auch ganz anders entwickeln können, schon vor dem ersten Weltkrieg liebäugelten Prager Juden mit einem multinationalen Staat. Die europäische Nationalstaatsidee habe aber den jüdischen Nationalismus vermasselt.



Podium des Kolloquiums 2010, von links: Moshe Zimmermann, Michael Reder, Abdul-Rahman Alawi, Christian Rutishauser

Das Gedenken an die Schoah bestimmt Israels Identität wie kaum etwas anderes. Die erste Generation der Schoah-Überlebenden hat bis in die 1970er Jahre hinein kaum darüber gesprochen und die Schoah nicht instrumentalisiert. Die heutige kollektive Erinnerung an die Verbrechen, so Zimmermann, kann für die Israelis entweder als Hinweis verstanden darauf werden, dass man zum Frieden kommen muss, bevor es zur Katastrophe kommt, oder als Hinweis dafür, dass alle Nationen Böses mit Israel vorhaben und man sich dagegen wehren muss.

Michael Reder,
Hochschule für
Philosophie
München

Der Moderator Dr. Michael Reder, Vertreter des neu gegründeten Lehrstuhls für Völkerverständigung an der Hochschule für Philosophie, stellte dem Podium zuletzt die Frage, wie es mit Israel weitergehen solle. Rutishauser hofft auf viele kleine Schritte und bedauert, dass die Friedensinitiative Saudi-Arabiens (2002/2007) nicht aufgenommen wurde. Alawi verwies darauf, dass sich diese Initiative nicht nur wie die Roadmap (2002) auf Sicherheit fokussiert hätte, sondern ein umfassendes Konzept vorgestellt hätte, bis hin zu einer evtl. Aufnahme Israels in die Arabische Liga. Eine Lösung müsse von möglichst vielen Seiten mitgetragen werden. Dazu müsse Europa seine Politik gegenüber Israel ändern, letztlich auch Unruhen in Israel in Kauf nehmen. Auch Zimmermann bemerkt eine gewisse Schüchternheit von Seiten Europas. Er betont aber, dass Druck von außen keine Lösung sei und in Israel nur Trotz hervorrufe. Ihm schwebt vor, dass ein Umdenken einsetzt. Wenn Israelis anders denken würden und nicht mehr davon ausgingen, dass

sie und die Palästinenser Feinde sind, ließen sich die Probleme lösen. Wenn die Europäer – freilich nach den beiden großen Kriegen des 20. Jahrhunderts – „die Diskette im Kopf“ gewechselt hätten, könnten es vielleicht die Israelis auch – und bevor es zur Katastrophe kommt.

In der Diskussion mit dem Publikum verwies Zimmermann darauf, dass seine linksintellektuelle Position im heutigen Israel kaum gehört werde. Er bedauert, dass sich in seinem Land eine Art Apartheidssystem ausbreitet. Anders als gegen Südafrika aber könnte gegen Israel niemand wirksame wirtschaftspolitische Sanktionen durchsetzen. Statt den Druck auf Israel zu verstärken, solle man geduldig miteinander reden. Alawi dagegen geht davon aus, dass man nur über Druck auf Israel einen Weg zum Frieden finden wird.

Matthias Rugel

Hochschulprogramm zu Weltreligionen und außer- europäischen Kulturen

In der Satzung des Rottendorf-Projektes heißt es: „Zweck des Projektes ist es, [...] den interkulturellen Dialog auf einer wissenschaftlichen, speziell philosophisch-theologisch inspirierten Basis zu fördern. Dabei geht es sowohl um das internationale Gespräch zwischen den großen Kulturen von Ost und West, von Nord und Süd, als auch um die Integration der wissenschaftlich-technischen Kultur mit der wertbestimmten Kultur der Tradition.“ Dieses Anliegen wurde in den vergangenen Jahren durch viele Vorlesungen und Seminare aufgegriffen. Innerhalb des Bachelor Studienganges werden sie als Wahlpflichtmodule 3 und 4 angeboten. Unabhängig davon kann man ein Zertifikat „Fremde Kulturen und Religionen“ erwerben.

Veranstaltungen in den beiden im Folgenden beschriebenen Modulen werden jedes Semester angeboten. Im Rahmen eines Moduls müssen binnen ein bis zwei Semestern eine Vorlesung und ein Hauptseminar besucht werden. Die Leistungskontrolle erfolgt durch eine 20minütige mündliche Prüfung im Fall der Vorlesung bzw. einen qualifizierten Hauptseminarschein.

Struktur der
angebotenen Lehr-
veranstaltungen

Wahlpflichtmodul Weltreligionen (außer Christentum)

Lehrveranstaltungen Weltreligionen Veranstaltungen in Form von Vorlesungen und Hauptseminaren sowohl zu den monotheistischen Religionen Islam und Judentum als auch zum Hinduismus und Buddhismus finden turnusmäßig statt.

Lerninhalte Das Modul führt in große Weltreligionen (außer dem Christentum) ein und vermittelt Grundlagen über die Entwicklung religiöser Vorstellungen und Weltanschauungen, wobei historische und gegenwärtige Erscheinungsformen der behandelten Religionen in unterschiedlichen Kulturkreisen, Krisen und Reformbewegungen, aber auch unterschiedliche Theologien in den einzelnen Religionen (nicht als Methode, sondern als Gegenstand der Analyse) berücksichtigt werden.

Kompetenzen Das Modul bietet den Studierenden die Möglichkeit,

- grundlegende Kenntnisse über Weltreligionen zu erwerben, die sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch für eine interreligiöse Praxis von Bedeutung sind;
- ein Verständnis für Denkmuster in verschiedenen Religionen zu entwickeln, das kulturelle und gesellschaftliche Entwicklungen und politische Zusammenhänge in Zeiten der Globalisierung, in denen verschiedene Religionen und Kulturen auf vielfältige Weise aufeinander treffen – verständlicher macht;
- Methoden zu lernen, Texte aus unterschiedlichen Kulturen und Epochen zu lesen und im Kontext zu verstehen;
- Kompetenzen zu erwerben, um den engen Bezug von Religion und Kultur und die unterschiedlichen religiösen Prägungen kultureller Kontexte zu verstehen. Diese Kompetenzen sind in sehr vielen beruflichen Kontexten von Bedeutung (z.B. in der Medien- und in der Kulturbranche, in der Erwachsenenbildung, im Handel und in internationalen Konzernen);
- durch die Beschäftigung mit anderen Religionen den eigenen religiösen und kulturellen Kontext aus einer anderen Perspektive deuten und dadurch besser verstehen zu lernen.

Wahlpflichtmodul Außereuropäische Kulturen

Lehrveranstaltungen Außereuropäische Kulturen Vorlesungen und Hauptseminare aus dem Themenbereich außereuropäische Kulturen; Veranstaltungen zu Afrika, Nordafrika/Naher Osten, Südasien, Südostasien, Ostasien (China/Japan), Lateinamerika, Nordamerika und Osteuropa finden turnusmäßig statt.

Lerninhalte Das Modul führt in größere außereuropäische Kulturen ein und vermittelt Grundlagen über historische Entwicklung, Kultur- und Geistesgeschichte (Philosophie und Religion) sowie gegenwärtige gesellschaftliche, politische und kulturelle Entwicklungen in den behandelten Kulturräumen

oder Ländern. Dabei wird mit historischen wie kulturanthropologischen Methoden gearbeitet und empirisches Quellenmaterial ausgewertet.

Das Modul bietet den Studierenden die Möglichkeit,

- grundlegende Kenntnisse über außereuropäische Kulturen zu erwerben, die sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch für eine interreligiöse Praxis von Bedeutung sind;
- ein Verständnis für Denkmuster in verschiedenen Kulturen zu entwickeln, das kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung und politische Zusammenhänge in Zeiten der Globalisierung – in denen verschiedenen Kulturen auf vielfältige Weise aufeinander treffen – verständlicher macht;
- Methoden zu lernen, Texte aus unterschiedlichen Kulturen und Epochen zu lesen und im Kontext zu verstehen;
- durch die Sensibilisierung auf unterschiedliche religiöse Prägungen interkulturelle Kompetenzen zu erwerben, die in sehr vielen beruflichen Kontexten von Bedeutung sind, z.B. in der Medien- und in der Kulturbranche, in der (Erwachsenen-) Bildung, im Handel und in internationalen Konzernen;
- durch die Beschäftigung mit anderen Kulturen, den eigenen kulturellen Kontext aus einer anderen Perspektive deuten und dadurch besser verstehen zu lernen.

Kompetenzen

Zertifikat „Fremde Kulturen und Religionen“

Nicht nur im wissenschaftlichen Diskurs sind Kenntnisse über fremde Kulturen und Religionen relevant. Auch im interkulturellen Management, in der Erwachsenenbildung oder im Journalismus sind sie heute von großer Bedeutung und können beruflich von Vorteil sein. Deshalb bietet das Rottendorf-Projekt Studierenden der Hochschule für Philosophie ein eigenes qualifiziertes Zertifikat an, mit dem diese Kenntnisse nachgewiesen werden können. Bedingungen für den Erwerb des Zertifikats sind:

- Einschreibung an der Hochschule für Philosophie als ordentlicher Student/ordentliche Studentin oder als GasthörerIn/Gasthörer.
- Im Laufe von zwei Jahren werden mindestens vier Veranstaltungen des Gastdozentenzklus besucht, davon mindestens eine aus dem Bereich der Kulturen und eine aus dem Bereich Religionen.
- Im Laufe von zwei Jahren werden mindestens zwei qualifizierte Scheine erworben (mündliche Prüfung als Abschluss von Vorlesungen, Hausarbeit als Abschluss von Seminaren), davon einer im Bereich Kulturen und einer im Bereich Religionen.

Bedingungen zum Erwerb des Zertifikats „Fremde Kulturen und Religionen“

Werden diese Bedingungen erfüllt, stellt die Hochschule für Philosophie, vertreten durch das Rottendorf-Projekt, auf Wunsch ein Zertifikat über die qualifizierte Teilnahme am Gastdozentenzklus aus.

Lehrveranstaltungen zu Weltreligionen und außereuropäischen Kulturen in 2010

Prof. Dr. Stefan
Krotz, Mérida/
México

Vorlesung:
Sozialanthropologie

Vorlesung: Kulturen, Kulturenvielfalt, Interkulturalität: eine Einführung in Thematik und Methodik der Sozialanthropologie, Sommersemester 2010.

Die Vorlesung zeichnete Charakteristiken und Entwicklung der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Kulturanthropologie nach. Diese auch soziokulturelle Anthropologie oder Ethnologie genannte „Wissenschaft von der Kultur“ wurde in verschiedenen theoretischen Positionen dargestellt, wobei insbesondere auf den jeweils spezifischen Kulturbegriff und die dazugehörige Methodik eingegangen wurde. Besonderes Gewicht wurde auf Bezüge zu philosophischen Fragestellungen gelegt und auch auf die lateinamerikanischen Anthropologien als Teil der sich seit einiger Zeit konsolidierenden, von den dominanten Anthropologien der nordatlantischen Welt jedoch kaum zur Kenntnis genommenen „Anthropologie des Südens“.

Zur Vorbereitung auf die folgende Vorlesung wurde jeweils die Lektüre optimal ausgewählter Fachliteratur empfohlen, die ebenso repräsentativ wie komprimiert auf die zu behandelnden Themen hinführte.

Die Lehrveranstaltung umfasste insbesondere folgende Themenkomplexe:

- Fortschritt und Evolution; „Kultur“ als begriffliche Annäherung an die Wirklichkeitsdimension des „Sozialen“.
- Diffusionismus: von der Kulturkreistheorie zur Globalisierungsdebatte. Akkulturation.
- Kulturkonfigurationen und Enkulturation. Kulturenvielfalt, Kulturrelativismus, Menschenrechte. Feldforschung und Kulturenvergleich.
- Der systematische Charakter des Sozialen: Strukturen und Funktionen. Feldforschung, Kolonialismus, Inkulturation.
- Sprache als Modell von Kultur und Interkulturalität; Naturaneignung und neoevolutionistische Kulturökologie.
- Kulturelle Andersheit und gesellschaftliche Produktion von Ungleichheit: soziale Klassen und Dritte Welt. Ideologiekritik und Befreiung.
- Wissenschaftskritik und Wissenschaftsmüdigkeit in der Sozialanthropologie. Hermeneutische Wende, postmoderne Anthropologie und Postkolonialismus. Dialogische Anthropologie.
- Interkulturalität angesichts der Vielfalt der Anthropologien. Anthropologien des Südens anhand von Beispielen aus Lateinamerika.
- Kulturanalyse und Utopie. Die Vielfalt der Träume von der guten Gesellschaft und die vielgestaltige Suche nach einer „menschlichen“ Zukunft.
- Darüber hinaus eröffnete die didaktisch und rhetorisch exzellente Vorlesung den Einstieg in die Rechtsethnologie, die Entwicklungsanthropologie und die Wirtschaftsanthropologie.

Eberhard Delles

Seminar: Lateinamerikanische Gesellschaften und Kulturen aus der Perspektive ihrer Sozialwissenschaftler und Sozialphilosophen, Sommersemester 2010.

Prof. Dr. Stefan Krotz, Mérida/ México

Durch die Havarie der Bohrinsel Deepwater Horizon im mexikanischen Golf im April 2010 und die Eskalation der Drogen- und Bandenkriege im Sommer vergangenen Jahres bestätigte sich Stefan Krotz' Aussage, Lateinamerika sei im Bewusstsein der westlichen Bevölkerung hauptsächlich durch Katastrophenmeldungen präsent.

Seminar:
Lateinamerika

Im Gegenzug zur eurozentrischen Sichtweise gewährte das Seminar des in Mérida lehrenden Sozialanthropologen einen Blick von innen: In der Auseinandersetzung mit einer weitgefächerten Auswahl an Texten wichtiger iberamerikanischer Sozialwissenschaftler und Sozialphilosophen entfaltete sich das „allgemeine Panorama der neueren Entwicklung und gesellschaftlichen Situation Lateinamerikas“ (Krotz).

Eine fundierte, umfassende und bisweilen von feinem Humor konterkarierte vierstündige Einführung durch den Anthropologen umriss die geschichtliche Entwicklung der Region. Krotz stellte die „drei Schlüsselthemen“ der lateinamerikanischen Situation klar heraus: das Trauma der Eroberung mit der grausamen Dezimierung der Bevölkerung durch Krankheiten, Kriege und Sklaverei, die Erfahrung der drei Jahrhunderte währenden Kolonialherrschaft sowie anschließende Unabhängigkeit und Nationalstaatbildung. Als aktueller Bezug diente auch die Zweihundertjahrfeier des Beginns der Independencia im vergangenen Jahr.

An oben genannten geschichtlichen Kriterien zeigen sich die Spuren einer Macht-Asymmetrie, welche Mitursache der kulturellen Andersheit Lateinamerikas ist. Diese Differenz illustrierten Schlüsseltexte lateinamerikanischer Denker und Denkerinnen, welche eigene moralische, kulturelle, politische, theologische und wirtschaftliche Paradigmen entfalten. Ihre vorbereitende Lektüre diente als Bezugsrahmen sowohl für die Referate als auch die anschließenden Diskussionen. Hierbei wurde in Enrique Dussels Architektonik der Befreiungsethik beispielsweise die Herrschaftsfunktion des europäischen Rationalismus zugunsten eines Wir-Gefühls mit den Unterdrückten entlarvt. Die Lektüre von u. a. Guillermo Bonfil Batalla, Victor de la Cruz, Raúl Fornet-Betancourt, Andre Gunder Frank, Ivan Illich, Marcela Lagarde und Leopoldo Zea warf ein kritisches Licht auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen nordatlantischer und iberamerikanischer Welt.

Themen der weiterführenden Kurz-Vorträge waren: Modernisierung, Unterentwicklung, Abhängigkeit, Revolution; die Perspektive „Befreiung“ in Philosophie und Theologie; indigene Völker: die negierte Zivilisation; Nation, Staat, Demokratie; Konstruktion von „Wissen in und aus dem „Süden“ und: Entwicklungsalternativen heute. Zwei Referate über die jetzige Situation Haitis und Mexikos schlossen das Seminar ab. Sie thematisierten insbesondere auch die Situation der Frauen in Lateinamerika und die heutige politische Entwicklung in Mexiko.

Internationale Herkunft und multiple Erfahrungen der Seminarteilnehmenden in Lateinamerika sowie die differenzierte Moderation durch Stefan Krotz führten zu lebendigem, auch kontroverserem Austausch.

Stefanie Graul

Dr. Johannes
Herzsell SJ,
München

Seminar: Nichtchristliche Weltreligionen und ihre heiligen Schriften, Sommersemester 2010.

Seminar:
Weltreligionen

Das Seminar behandelte die zentralen Glaubensinhalte, religiösen Praktiken und philosophischen Implikationen von Hinduismus, Buddhismus, Judentum und Islam. Dabei wurden einige bedeutsame Schlüsselstellen der jeweiligen heiligen Schriften im Original gelesen. Aufgrund der angenehm überschaubaren Teilnehmerzahl und der umsichtigen Seminarleitung durch Pater Herzsell entwickelte sich von Beginn an eine produktive Gesprächs- und Arbeitsatmosphäre, die dem Einzelnen viel Raum ließ, sich konstruktiv am Seminar zu beteiligen. Die ausführlichen, aber stets gut zu bewältigenden Textgrundlagen boten in jeder Seminarsitzung ausreichend Stoff zur Diskussion, so dass sich regelmäßig interessante (Streit-)Gespräche zwischen den Teilnehmern entwickelten. Kontrovers wurden Textpassagen aus den Upanischaden, der Bhagavadgita, den Reden des Buddha, dem Jerusalemer Talmud und dem Koran diskutiert.

Besonders aufschlussreich war dabei unter anderem die Erkenntnis, dass vor allem im Falle von Buddhismus und Hinduismus unsere gewohnte christlich-abendländische Denktradition häufig an ihre kognitiven Grenzen stieß. Große Verständnisprobleme (zum Beispiel in Bezug auf die buddhistische Sunyata- sowie Atman- und Brahmanlehre) führten bei den Teilnehmern zu der Vermutung, dass dem Buddhismus und Hinduismus wohl eine ganz andere Hermeneutik angemessen wäre, als diejenige, die unserer christlich-abendländischen Tradition entstammt. Allerdings stellte sich andererseits im Laufe des Seminars heraus, dass sich durch den Vergleich mit der christlichen Tradition durchaus die spekulativen Schwierigkeiten und Knackpunkte beispielsweise der buddhistischen Gotteslehre herausarbeiten lassen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Seminar eine hervorragende Möglichkeit bot, sich ein Semester lang intensiv mit fremden Religionen und Denktraditionen auseinanderzusetzen und somit ein gehöriges Stück über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken. Die wichtigste Einsicht jedoch (sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht) folgte inhaltlich dem programmatischen Motto, das Anselm von Canterbury im Proömium seines Werkes *Proslogion* allen seinen Überlegungen und Bemühungen voranstellt: *fides, quaerens intellectum*: Glaube, der rational durchdrungen werden will; Glaube, der nach Einsicht verlangt. Jede Religion besitzt den Anspruch darauf, dass ihre Glaubensinhalte und die religiösen Überzeugungen ihrer Mitglieder respektiert und geachtet werden. Doch geht verbunden mit diesem Anspruch auch stets eine Verpflichtung einher: die Verpflichtung, sich einem rationalen Diskurs zu stellen und die eigenen Überzeugungen durch für alle Menschen einsichtige Argumente vernünftig zu rechtfertigen.

Jeder Gläubige, sei er Christ, Moslem, Jude, Hindu oder Buddhist besitzt das Recht, in seinen Ansichten ernst genommen zu werden. Allerdings kann er nur dann erwarten, tatsächlich voll respektiert und ernst genommen zu werden, wenn er sich einer argumentativen Auseinandersetzung bezüglich seines Glaubens nicht entzieht, sondern sich vielmehr darauf einlässt.

Ludwig Gierstl

Vorlesung: Geschichte des jüdisch-christlichen Dialogs, Sommersemester 2010.

Mit dem Konzilsdokument „Nostra Aetate“ (1965) begann der dramatische und beispiellose Wandel im jüdisch-christlichen Verhältnis. Insbesondere Papst Johannes Paul II. trieb den theologischen Dialog mit dem Judentum weiter voran. Er betonte, dass das Christentum auf einzigartige Weise mit dem Judentum verbunden ist und dass der Dialog konstitutiv zum Christsein gehört, weil der Bund Gottes mit dem jüdischen Volk nicht gekündigt ist. Die Kirche löst als wahres Israel das Judentum in der Heilsgeschichte nicht einfach ab, und der neue Bund ersetzt den alten nicht. 1998 ließ Papst Johannes Paul II. das Dokument „Wir erinnern – eine Reflexion über die Shoah“ veröffentlichen, worin das Bedauern über die Schuld der Christen gegenüber den Juden ausgesprochen wird. Damit ist die Rolle der Kirche während des Nationalsozialismus gemeint. Mit dem Dokument sollte eine ehrliche „Reinigung des Gedächtnisses“ stattfinden und die Juden um Vergebung gebeten werden. Auch bei dem darauf folgenden Besuch des Papstes im Staat Israel sowie in den palästinensischen Gebieten im Jubeljahr 2000 war die Schuld gegenüber Juden zentrales Thema. Der theologische Versöhnungsdialog kann als langer, bewusst konzipierter Prozess gesehen werden, der letztendlich das jüdisch-christliche Verhältnis neu bestimmt. Das Schuldeingeständnis der katholischen Kirche wurde von jüdischer Seite sehr positiv bewertet und ermöglichte ein neues, besseres Verhältnis beider Religionen.

1993 nahm der Heilige Stuhl auch mit dem Staat Israel diplomatische Beziehungen auf. Dabei ist der Ton der katholischen Kirche gegenüber dem Staat Israel durchaus politisch und weniger theologisch. Grundlegende Interessen müssen formuliert werden, wie zum Beispiel der Zugang zu den heiligen Stätten. In diesem Zusammenhang waren die Ausführungen von Dr. Rutishauser über die politischen Entwicklungen von Interesse. Im Gründungsjahr des Staates Israel 1948 wurden unter Papst Pius XII gleich drei Enzykliken zu diesem Thema verfasst: In *Auspicia quaedam*, *In multiplicibus curis corpus separatum* und *Redemptoris nostri* warnte der Papst vor einem Krieg im Land und mahnte zum Gewaltverzicht. Wichtig war auch die Frage, was mit Jerusalem und Betlehem geschieht. Da beide Städte von internationaler Bedeutung sind, war das Plädoyer, sie nicht einem Staat zu überlassen, sondern ein von der UNO verwaltetes internationales Territorium zu schaffen. Zudem forderte die Kirche die Erhaltung der heiligen Stätten und die Möglichkeit für Christen, Pilgerreisen in das Heilige Land

Dr. Christian
Rutishauser SJ,
Bad Schönbrunn/
Schweiz

Vorlesung: Dialog

zu unternehmen. Die Forderungen waren rein politischer Natur – um einen theologischen Dialog ging es da noch nicht.

Auf jüdischer Seite wird die veränderte Position der katholischen Kirche nur langsam wahrgenommen. Beachtenswert ist das Dokument „Dabru Emet – a Jewish Statement on Christians and Christianity“ („Redet Wahrheit“), in dem jüdische Gelehrte im Jahr 2000 in der *New York Times* zum Dialog mit dem Christentum aufforderten. Darin wird anerkannt, dass sich beide Religionen auf den gleichen Gott, dieselbe biblische Tradition und dieselben moralischen Prinzipien beziehen. Von Christen begrüßt, wurde das Dokument innerjüdisch sehr kontrovers rezipiert. Seither hat es unter der Leitung von Papst Benedikt XVI. einige Irritationen im Dialog gegeben, da er die vorkonziliar eingestellte Piusbruderschaft aufwertete. Seine Neuformulierung der Karfreitagsfürbitte für den außerordentlichen, tridentinischen Ritus von 2008 lies unter Juden die Angst aufkommen, dass die Kirche zur Judenmission im alten Stil zurückkehre.

Claudia Zeisel

Prof. Dr. Dr.
Katharina Ceming,
Augsburg

Seminar:
Hinduismus

Seminar: Einführung in den Hinduismus und seine aktuelle Bedeutung für gesellschaftliche Fragen/Probleme in Indien, Wintersemester 2010/11.

Trotz des naturgemäß engen zeitlichen Rahmens eines Blockseminars gelang es Prof. Katharina Ceming, den Teilnehmern die enorme Fülle und Bandbreite des Phänomens Hinduismus zu vermitteln. Nach einem historischen Überblick zur kulturellen Entwicklung Indiens, der in einem weiten Bogen ausgehend von der alten Harappa-Kultur über die vedische Epoche zu den Upanishaden führte, gingen wir daran, zentrale heilige Texte des Hinduismus zu analysieren. Auf diesem Weg gelangten die Teilnehmer zu einem ersten Verständnis wichtiger Begriffe wie Dharma, Atman, Brahman und Karma. Es wurde immer deutlicher, dass der Begriff „Hinduismus“ Strömungen umfasst, die sich in Weltanschauung und religiöser Praxis zum Teil extrem unterscheiden. Zwischen dem philosophischen System des Advaita Vedanta und dem schillernden Volkshinduismus mit seinen zahllosen Götterlegenden liegen Welten!

Auch die gesellschaftliche Ausgestaltung des Hinduismus, die sich von der religiösen ja gar nicht trennen lässt, kam zur Sprache. Ihr bekanntestes Produkt ist das Kastenwesen, das, obwohl es sich in den Großstädten ein wenig auflöst, gerade von orthodoxen Hindus verbissen verteidigt wird. In einem kaum zu überblickenden System von Subkasten regelt es, wie der einzelne lebt, welchen Beruf er ergreifen darf, welchen sozialen Status er innehat und aus welchem Kreis der Ehegatte kommt. Die Dalits, die Kastenlosen, leben dabei oft in bitterer Not ohne Hoffnung auf irgendeine gesellschaftliche Verbesserung. Besonders dramatisch ist die Situation der Frauen. Die Tatsache, dass unverheiratete Frauen als sozial geächtet gelten, hat zu einem ausbeuterischen Mitgiftsystem geführt: Wer seine Tochter verheiraten will, muss schon mal einen Kleinwagen oder eine Wohnung mit drauflegen – für viele Familien der Ruin. Eine hohe Abtreibungsrate, die

Tötung von neugeborenen Mädchen sowie mehrere tausend Mitgiftmorde im Jahr sind die Konsequenzen. Gerade solche Fakten sind es, die eine allzu naive Indien-Romantik, wie sie in westlichen Esoterikkreisen gepflegt wird, bedenklich erscheinen lassen.

Daniel Born

Seminar: Chinas Große Wandlung – Die Entwicklung vom Konfuzianismus zum Kommunismus, Wintersemester 2010/11.

Prof. Dr. Peter J. Opitz, München

Am 08. August 2008 feierte China die Eröffnung der olympischen Spiele. Weltweit wurde diese Veranstaltung bewundert. Chinas wirtschaftliche Erfolge tun ein Übriges dazu, dass das Land als ein immer wichtigerer Akteur auf der Weltbühne wahrgenommen wird. Auf einer anderen Seite erscheinen die politischen Prozesse um den gerade auserwählten Nobelpreisträger Liu Xiaobo für die westliche Zivilisation unverständlich, sogar widersprüchlich. Wie kann man diese Phänomene verstehen und richtig interpretieren?

Seminar: China

Um China heute zu verstehen muss man seine Vergangenheit kennen. Deshalb vermittelt das Seminar „Chinas Große Wandlung“ den Teilnehmern „das Reich der Mitte“ nicht nur als bloße Fakten und Daten, sondern diskutiert den z.T. schmerzlichen Umwandlungsprozess zu einer modernen Gesellschaft. In diesem Umwandlungsprozess spielt der Konfuzianismus eine große Rolle. Mit dem Erbe des Konfuzianismus wurde im letzten Jahrhundert zwar vordergründig immer wieder gebrochen. Man denke nur an die chinesische Revolution 1911 oder der Kulturrevolution durch Mao. Doch wer das heutige China verstehen will, kommt nicht umhin, sich auch mit den Wurzeln Chinas im Konfuzianismus auseinanderzusetzen. Denn es war der Konfuzianismus, der China für Jahrtausende das gegeben hat, was heute von vielen Chinesen oft schmerzlich vermisst wird: eine Gesellschaftsordnung, die Stabilität und Identität stiften kann. Trotz des enormen wirtschaftlichen Aufschwungs Chinas und seiner neuen Rolle auf der Weltbühne konnte dies der Kommunismus mit kapitalistischem Gesicht, wie er heute in China existiert, bisher nicht leisten.

Le Trung Hien

Vorlesung: „Neokolonialismus“ in Afrika – Politischer Kampfbegriff und ökonomische Realitäten, Wintersemester 2010/11.

Prof. em. Dr. Janos Riesz, Bayreuth

In seiner Vorlesung behandelt Janos Riesz die afrikanischen Staaten südlich der Sahara im Licht ihrer Unabhängigkeit vor 50 Jahren. Den Bestrebungen der afrikanischen Staaten sich zu emanzipieren und stabile ökonomische und politische Strukturen aufzubauen, ist der Begriff des „Neokolonialismus“ entgegengesetzt. Neokolonialismus steht für die Bestrebungen von reichen Wirtschaftsmächten, z. B. Frankreich oder China, afrikanische Staaten in Abhängigkeit zu ziehen bzw. zu halten. Einige Fragen, die dabei aufkommen, sind: Was ist historische Wahrheit? Was sind gegenseitige Schuldzuweisungen und Vorwürfe?

Vorlesung:
Kolonialismus

Der Eindruck, den man aus dem Westen durch die Presse von Afrika als Kontinent gezeigt bekommt, vermittelt oft ein Bild, das nicht viel Raum für Unterschiede zulässt. Hauptthemen der Berichterstattung in Deutschland über Afrika sind fast ausschließlich Kriege, Hungersnöte, politische Konflikte und wirtschaftliche Krisen. Eine generelle negative Konnotation schwingt immer mit, die Berichterstattung der Weltmeisterschaft in Südafrika dieses Jahr dürfte eine Ausnahme gewesen sein.

Um ein differenzierteres Bild zu vermitteln, stellt Prof. Riesz die verschiedenen Verläufe der westlichen Erschließung der afrikanischen Kolonien vor und legt die unterschiedlichen Vorgehensweisen der alten Kolonialmächte dar. Indem das Verhalten der alten Kolonialmächte im Bezug auf deren Kolonien – maßgeblich sind England, Frankreich und die Niederlande zu nennen – analysiert wird, ist durch die historische Dimension ein besseres und tieferes Verständnis für die heutige Situation möglich. Um deutlich zu machen, inwiefern die verschiedenen politischen Ansätze der Kolonialmächte ein Erklärungsmuster für verschiedene Entwicklungen seit der Unabhängigkeit liefern können, stellt Prof. Riesz in einem ausführlichen Exkurs die Prozesse anhand einzelner Staaten vor. Das sind die ehemaligen französischen Kolonien Senegal und Elfenbeinküste, das englisch geprägte Ghana, das belgisch geprägte Kongo und das deutsch geprägte Kamerun.

Zu erwähnen ist außerdem die Einbeziehung aktueller politischer Ereignisse wie die Präsidentschaftswahlen in der Elfenbeinküste Ende November, die in der Vorlesung analysiert und diskutiert wurden. Das geschieht unter anderem durch die kritische Betrachtung medialer Berichterstattung.

Besonders hervorzuheben ist, dass neben seiner Expertise über Afrika die Literaturwissenschaften das Spezialgebiet von Prof. Riesz sind. Anhand von Literatur verschiedener Schriftsteller Afrikas werden politische und kulturelle Entwicklungen aufgezeigt. Diese Schilderungen, wenn auch oft nur fiktiv, sind ein effektives Mittel, um zu einem tieferen Verständnis der jeweiligen Gesellschaft und politischen Situation zu gelangen.

Matthias Würtenberger

Prof. Dr. Dr. Rotraud
Wielandt, Bamberg

Vorlesung: Grundlagen des Islam – eine religionsgeschichtliche Einführung,
Wintersemester 2010/11.

Vorlesung: Islam

Die Vorlesung vermittelt einen Einblick in die geographischen, kulturell-religiösen, sozial-politischen und wirtschaftlichen Bedingungen während der Entstehungszeit des Islam, betrachtet dann die schriftlichen Überlieferungsformen und stellt die Hauptzweige und Sondergruppierungen im Laufe der historischen Entwicklung unter Einbeziehung der theologischen Strömungen dar.

Das Anliegen Wielandts ist einmal, den historischen Kontext zu der Geschichte des Islam nachdrücklich und an vielen Beispielen herauszuarbeiten. Dies wird durch geographische Skizzen, Vorstellung von Quellen-

sammlungen und kritischer Analyse einzelner Primärquellen unterstützt und durch Hinweise auf unterschiedliche Interpretationen der älteren und aktuellen Sekundärliteratur wissenschaftlich differenziert.

Die arabische Halbinsel vor und im 6. Jahrhundert grenzte im Westen und Norden an Großreiche, die kulturell monotheistisch bestimmt waren (byzantinisches und persisches Reich). Auf der arabischen Halbinsel siedelten einzelne Beduinenstämme, die sich durch Stammesrecht kämpferisch von einander abgrenzten und dadurch eine Reichsbildung hemmten. Neben ihrem landwirtschaftlich bestimmten Nomadentum beteiligten sie sich zunehmend am Handel, der vor allem in Mekka einen Mittelpunkt gefunden hatte. Dort gab es Niederlassungen jüdischer und wohl auch christlicher Kaufleute; sie waren Teil einer religiösen Vielfalt, die lange schon mit der Kaaba ein polytheistisches Pilgerzentrum bildete.



Die renommierte Islamwissenschaftlerin Rotraud Wielandt als neue Gastprofessorin des Rottendorf-Projekts.

Vor diesem Hintergrund erschien Muhammad als ein von seiner göttlichen Sendung überzeugter Prophet, der die Menschen zu einem einzigen Gott erheben, aber immer mehr auch in einer großen Gesellschaft einigen wollte. Die Gegnerschaft der kaufmännischen Gruppen und der Stammfamilien Mekkas trieben ihn nach Medina. Von dort aus eroberte er mit einer wachsenden Anhängerschaft Mekka zurück und gründete den religiösen und politischen Ausgangspunkt des expandierenden islamischen Reiches.

Im Mittelpunkt von Muhammads Verkündigung stand der Koran als persönliche Offenbarung Gottes. Seine verschiedenen inhaltlichen und stilistischen Schichtungen hingen eng mit Muhammads Lebensabschnitten zusammen. So übernahm er in Medina bald eine politische führende Rolle und formulierte Vorschriften zum Sozial-, Familien- und Strafrecht, die als eine Modifizierung und Modernisierung archaischer Rechtsausagen gesehen werden können. Die Festlegung des Koran und auch der Hadithen (persön-

liche Verkündigung des Propheten; „Sunna“) in arabischer Sprache blieb und bleibt bis heute einzig gültige Übermittlungsform.

Dem Schwerpunkt der Entstehungsgeschichte des Islam folgte ein Überblick über die Verzweigungen und Schismen in sunnitische und schiitische Richtungen, die oft machtpolitisch bestimmt waren, aber auch religiös einflussreiche theologische Gedankengebäude entwickelten und, mit ihren Abweichungen (z.B. Sufismus), das spirituelle Denken der Welt mitbestimmen.

Gritli Erhardt-Gschossmann

Zuschüsse

Förderung von
Sprachkursen 2010

Das Rottendorf-Projekt konnte zusätzlich zur eigenen Projektarbeit drei Stipendien für Deutsch-Sprachkurse für Jesuiten finanziell unterstützen: Die Kurse fanden im Sommer 2010 statt. Gefördert wurden Josè Christophe Zakavelo aus Madagaskar und aus der zentralafrikanischen Provinz Achille Bundangandu Tekilazaya und Yves Menanga Kizito, beide Kinshasa, Demokratische Republik Kongo.

Alfred-Delp-Preis

Der Alfred-Delp-Preis und der Alfred-Delp-Förderpreis, mit dem herausragende Dissertationen und Magisterarbeiten ausgezeichnet werden, sind dem Andenken an P. Alfred Delp SJ (1907-1945) gewidmet, der von 1928-1931 Student der Philosophischen Fakultät SJ – damals noch in Pullach – war. Sein soziales und sozialphilosophisches Engagement führte ihn in den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime. Als Mitglied des Kreisauer Kreises wurde er vom Volksgerichtshof des Deutschen Reiches am 11. Januar 1945 zum Tode verurteilt und am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Die Hochschule für Philosophie zeichnet jedes Jahr durch das Rottendorf-Projekt eine besonders qualifizierte, an der Hochschule für Philosophie eingereichte Magisterarbeit mit dem Alfred-Delp-Förderpreis aus.

Alfred-Delp-
Förderpreis 2010

Der Alfred-Delp-Förderpreis 2010 wird im Rahmen der Semesterabschlussfeier des Wintersemesters 2010/11 am 11. Februar 2011 an Herrn *Ruben*

Schneider in Anerkennung seiner Magisterarbeit „Die Gotteserkenntnis in der theoretischen Philosophie Kants“ verliehen.

Der Alfred-Delp Preis für eine Dissertation wird alle drei Jahre verliehen, die nächste Verleihung steht für 2012 an.

Buchreihe – Neuerscheinungen

Die Ergebnisse der Forschungsarbeit des Projektes werden in der Reihe „Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur“ im Kohlhammer-Verlag, Stuttgart, veröffentlicht. Herausgeber dieser Reihe sind *Norbert Brieskorn SJ* (München), *Georges Enderle* (Notre-Dame/USA), *Johannes Müller SJ* (München), *Franz Nuscheler* (Duisburg) und *Franz Magnis-Suseno SJ* (Jakarta/Indonesien).

Im Berichtsjahr erschien:

Band 19: *Michael Reder* und *Matthias Rugel* (Hrsg.)

- Religion und die umstrittene Moderne
- Mit Beiträgen von *Katajun Amirpur*, *Godehard Brüntrup SJ*, *José Casanova*, *Bernhard Grom*, *Hans Joas*, *Anne Koch*, *Berndt Ostendorf*, *Michael Reder*, *Josef Schmidt SJ*, *Heinrich Wilhelm Schäfer*, *Rotraud Wielandt*

Neuerscheinung:
Religion und
die umstrittene
Moderne

Genaue Informationen zu allen Bänden der Reihe finden Sie unter

- <http://www.hfph.mwn.de/einrichtungen/rottendorf/publications/>

Vorankündigungen 2011

Follow-up zum Symposium 2010 (Veranstalter IGP)

Auswege aus der Schuldenkrise

Donnerstag, 12.5.11, 19.30—21.30 Uhr

Referenten:

- *Jürgen Kaiser*, erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung, Düsseldorf
- Dr. *Andreas Gösele SJ*, München
- Prof. Dr. *Johannes Müller SJ*, München

Interdisziplinäres Symposium

Symposium am 27.
und 28. Mai 2011

Kampf um Ressourcen und die (De-)Stabilisierung der Weltordnung

Freitag, 27.5.11, 9.00—18.30 Uhr / Samstag, 28.5.11, 9.00—13.30 Uhr

Referentinnen und Referenten sind unter anderem:

- Prof. Dr. *Raimund Bleischwitz*, Wuppertal/Brügge
- *Peter Croll*, Bonn International Centre of Conversation
- Prof. Dr. *Christoph Horn*, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Prof. Dr. *Dirk Messner*, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- Bundesministerin a.D. *Heidmarie Wiecek-Zeul* MdB, Berlin

Leitung:

- Prof. Dr. Dr. *Johannes Wallacher*, Leiter des Rottendorf-Projekts an der Hochschule für Philosophie.

Lehrveranstaltungen im
Sommersemester
2011

In Kooperation mit dem Rottendorf-Symposium findet im Sommersemester 2011 an der Hochschule für Philosophie das Seminar „Kampf um Ressourcen und die (De-)Stabilisierung der Weltordnung“ statt.

Leitung: Prof. Dr. Dr. *Johannes Wallacher*

Lehrveranstaltungen zu Weltreligionen und außereuropäischen Kulturen im Sommersemester

Dr. *Oliver C. Ruppel*, Windhoek (Namibia)

- Vorlesung: Menschenrechte und Rechtspluralismus: Afrikanische Verfassungswirklichkeit zwischen Tradition und Moderne.

PD Dr. Dr. *Stefan Bauberger* SJ, München

- Seminar: Was glaubt ein Buddhist? Eine Einführung in den Buddhismus.

Impressum

Leiter: Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher

**Kontakt**

E-Mail joh.wallacher@hfph.mwn.de
Telefon +49 (0)89 23 86-23 59

Prof. für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Philosophie, Vorsitzender der Sachverständigengruppe »Weltwirtschaft und Sozialethik« der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz, Moderator des Sachbereichs Entwicklung in der Deutschen Kommission Justitia et Pax

Wissenschaftlicher Assistent: Dipl.math. Matthias Rugel M.A.

**Kontakt**

E-Mail matthias.rugel@hfph.mwn.de,
rottendorf@hfph.de
Telefon +49 (0)89 23 86-23 39

Doktorant an der Hochschule für Philosophie, Bündnisrat bei »erlassjahr.de. Entwicklung braucht Entschuldung«

Johannes Wallacher und Matthias Rugel sind verantwortlich für diesen Jahresbericht.

Die Fotos sind von Claudia Zeisel (S. 9-16), Fabian Norden (S. 18, S. 20) und Laura Wollenhaupt (S. 34).

Für Beratung und Unterstützung in Designfragen danken wir Uwe Stange.

München, den 14. Januar 2011

Druck: FM – Kopierbar GmbH, München